

Graz & OÖ: Wahl nach Anders

Für die etablierte Politik war der 26.9. ein Schock: In Berlin hat sich eine Mehrheit für die Enteignung großer Immobilienfirmen ausgesprochen und in Graz wurde die KPÖ Nummer 1. Insgesamt haben Listen jenseits der etablierten Parteien gut abgeschnitten. Nun stellt sich natürlich die Frage: Was daraus lernen und daraus machen?

Seite 2

COP26: Alternative nötig!

Von 30.10.–12.11.2021 findet die 26. Klimakonferenz der UN in Glasgow statt – die COP26. Wie akut die Folgen des Klimawandels mittlerweile sind, zeigen Überschwemmungen, Hitzewellen und anderen Extremwetterereignisse der vergangenen Monate. Der Gipfel der Herrschenden wird das Klima nicht retten – Komm mit zu den Protesten & werde mit uns aktiv!

Seite 12

Schwerpunkt

Afghanistan ist das pure Grauen. Doch wie sah der Weg ins Chaos aus, wer ist dafür verantwortlich? Und welche Lösungen kann es aus der Katastrophe geben?

Seiten 7–10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Solipreis € 2,-
Normalpreis € 1,-

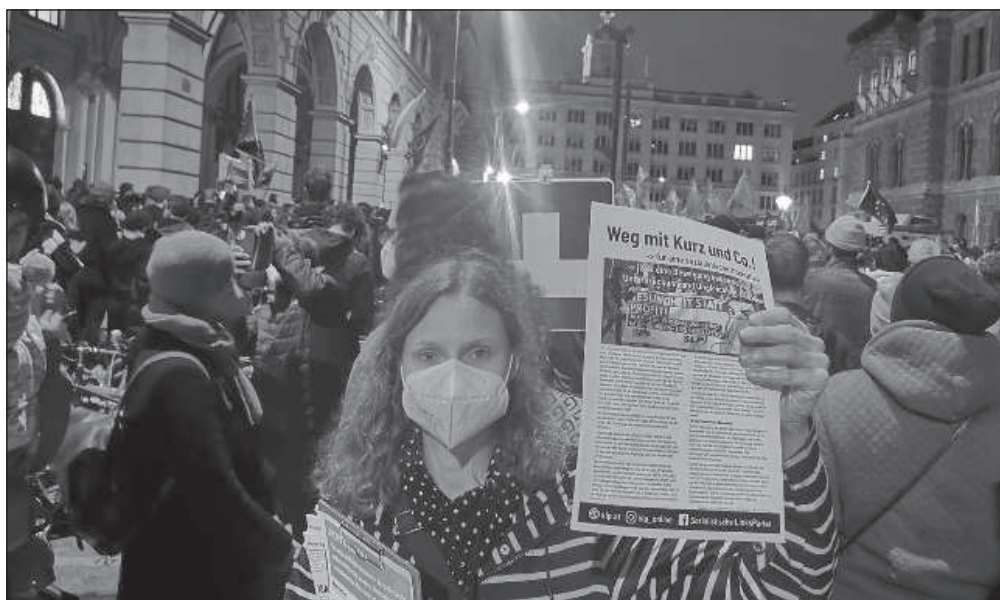
Die sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 297 | 10.21
11.21

Kurz mal weg – jetzt Verbesserungen erkämpfen!

Kurz macht “einen Schritt” zu Seite, will aber weiter die Fäden ziehen. Seine Freunderlpartie, sein Programm, seine Politik bleiben. Die Grünen machen weiter, denn es geht um “Stabilität” für die Herrschenden. Also eine Regierung, auf die sich die Kapitalist*innen verlassen können da klar ist, dass die Firmen bald die nächsten staatlichen Finanzspritzen brauchen. Doch stabil ist gar nichts, Neuwahlen werden immer wahrscheinlicher. Ob der Auslöser eine

Dass Kurz 1,2 Milliarden für Nachmittagsbetreuung verhindert hat ist nur die Spitze der unsozialen Politik. Trotz Corona kein zusätzliches Personal in den Spitälern, die Klassen in den Schulen werden größer, dazu noch Abschiebungen, Rassismus und Untätigkeit angesichts der Femizide. Die Steuerreform bringt fürs Klima genau nichts, dafür bräuchte es den massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Stattdessen sollen Firmen rund 800 Millionen an Steuergeschenken kriegen – auf unsere Kosten!



Kurz tritt als Kanzler zurück, das System von Korruption und Politik für Reiche und Unternehmen bleibt.

ÖVP-Omanndebatte, eine Aufstand von Landesgrünen, die um die eigenen Pfründe fürchten oder neue Skandale sind ist dafür egal. Klar ist: es kommt nichts wirklich besseres nach da alle etablierten Parteien in ihrer Praxis ähnlich sind.

Es reicht nicht, dass Kurz weg ist, wir müssen diese kapitalistische Politik los werden! Wir brauchen mehr Geld für Gesundheit, Soziales, Bildung und Klimaschutz. Wir brauchen echte Realloohnerhöhungen und eine Abschaffung

der Umsatzsteuer, das entlastet v.a. kleine Einkommen. All das müssen wir erkämpfen. Der Unmut ist groß und es gibt Proteste (Kindergärten) und Lohnforderungen (Metaller*innen). Das müssen wir zusammen führen und jede Po-

litik auf unsere Kosten zurückschlagen. Wir brauchen ein offensives Programm das wir jeder Regierung entschlossen entgegen halten und um das wir uns in den Betrieben, durch die Gewerkschaften, an Schulen, Unis organisieren und das wir gemeinsam erkämpfen. Durch Demonstrationen, Proteste und auch durch Streiks. Weil wir dieses ganze System los werden müssen!

Sonja Grusch

Die SLP fordert:

- Die Gewerkschaft muss endlich aktiv werden!
- Jetzt Kämpfe für echte Verbesserungen aufbauen!
- Für einen bundesweiten Streik- und Aktionstag als ersten Schritt!
- Milliarden für Gesundheit, Soziales, Bildung und Klima erkämpfen!



Von Sonja Grusch Der Erfolg der Grazer KPÖ ist großartig. Ich gratuliere! Es folgt die Frage: Wie kann die KPÖ ihr Programm umsetzen, das in Vielem eine echte Verbesserung wäre? Es fehlt die Mandatsmehrheit, von Boykottmaßnahmen des Kapitals noch abgesehen. Der Druck, „verantwortungsvoll“ zu agieren wird übergroß – das Nachgeben war Grundlage für die Wahlschlappe der deutschen Linken. Eine Regierung, die sich mit „Sachzwängen“ abfindet, wird die kapitalistische Krise auf dem Rücken der Bevölkerung mitverwalten. Wenn die KPÖ-Steiermark mit einem offensiven Programm den Anspruch auf die Stadtregierung stellt und in öffentlichen Verhandlungen sagt, was sie warum will, geraten die etablierten Parteien unter Zugzwang. Warum sind sie gegen ein höheres Arbeitslosengeld, gegen mehr Beschäftigte im Sozial- und Gesundheitswesen, gegen einen Mietendeckel, gegen sozialen Wohnbau?

Regieren? Mitregieren? Opposition?

Ziel kann nicht eine Regierung, sondern die Umsetzung der Forderungen sein – wenn es dafür eine Alleinregierung der KPÖ braucht, dann ist es nötig, dafür die Grundlage zu schaffen: Durch Kompromisslosigkeit, wo Kompromisse nur den Reichen und Mächtigen nutzen würden.

Spätestens jetzt muss die steirische KPÖ sagen, dass es nicht reicht, den Mangel zu verwalten, sondern wo das Geld herkommen soll, muss also Forderungen an die Bundesregierung stellen und einen Kampf darum führen; ähnlich wie es der sozialistische Stadtrat von Liverpool Mitte der 1980er getan hat. Die Art, wie Kshama Sawant in Seattle (USA) den Kampf für eine Besteuerung großer Konzerne wie Amazon und einen 15 \$ Mindestlohn führt, nicht für, sondern mit den Beschäftigten und den Menschen in der Stadt, wie sie ihr Mandat als Bühne, aber nicht als Abkürzung verwendet, und das, was nötig ist, immer über das, was „normal“, „legal“ oder „möglich“ ist, stellt – das sind Beispiele, von denen wir alle lernen können.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 2345 Brunn am Gebirge
Herstellungs- und Verlagsort: Wien | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Grundlagen für den Grazer Erfolg

Der Erfolg der KPÖ wurzelt auch in ihrer bisherigen Politik. Dass KPÖ-Mandatar*innen einen Teil ihrer Bezüge in einen Sozialtopf einzahlen zeigt, dass sie nicht Teil des korrupten Establishments sind. Hinzu kommt, was die KPÖ mit diesem Sozialtopf tut. Wer in Graz Unterstützung beim Wohnen braucht, Mietrechtsberatung oder auch einen sozialen Engpass hat, kann zur KPÖ gehen und dort rechtliche und finanziel-

le Hilfe bekommen. Diese teilweise stark sozialarbeiterische Politik der KPÖ hat ihre Glaubwürdigkeit weiter erhöht und viele sind ihr sehr konkret dafür dankbar. Aus unserer Sicht stößt eine solche Politik aber auch an ihre Grenzen, wenn sie im Rahmen der kapitalistischen Logik bleibt und nicht verbunden wird mit dem Aufbau von Widerstand und der Mobilisierung der Arbeiter*innenklasse für ihre Interessen.



Foto: kpoe-Graz

Wahl nach Anders

Für die etablierte Politik war der 26.9. ein Schock: In Berlin hat sich eine Mehrheit für die Enteig-

Niederlage für die etablierten Parteien. Der Lack ist längst ab von Kurz & Co und die Grünen profitieren

*“Grazer Bevölkerung zum Koalitionspartner machen” (Elke Kahr)
– “Das ist der Weg” (Mandalorian)*

nung großer Immobilienfirmen ausgesprochen und in Graz wurde die KPÖ Nummer 1. Auch in Oberösterreich haben KPÖ und Wandel mehrere Mandate in verschiedenen Gemeinden inklusive dem Linzer Gemeinderat gewonnen. All das gibt Hoffnung für linke Politik.

Trotz des guten Abschneidens der ÖVP in Oberösterreich waren diese Wahlen letztlich eine

zwar vom Klimathema, aber trotz, nicht wegen ihrer Politik. Das Potential für „Was anderes“ hat immer wieder zu Wahlerfolgen diverser Parteien geführt (Liste Stronach, Liste Pilz, Neos etc). In Oberösterreich konnten weder ÖVP, noch SPÖ oder Grün wirklich vom Verlust der FPÖ profitieren. Der Wunsch nach einer Alternative hat sich sehr verwirrt ausgedrückt

(Corona-Maßnahmen-Skeptiker*innen MFG) oder eben links, am deutlichsten in Graz.

Nun stellt sich natürlich die Frage: Was daraus lernen und daraus machen? Internationale Erfahrungen zeigen: Das Spiel der etablierten Politik mitspielen bringt weder politische noch Wahlerfolge. Vielmehr ist es nötig, zu sagen und tun was nötig ist. Programm statt Pragmatismus muss die Grundlage einer Politik sein, die sich an den Interessen von Jugendlichen, Arbeiter*innen und sozial Schwachen orientiert. Elke Kahr hat recht, wenn sie sagt, dass diese die Koalitionspartner der KPÖ sein sollen. Es wird spannend, ob bzw. wie die KPÖ das in die Tat umsetzt.

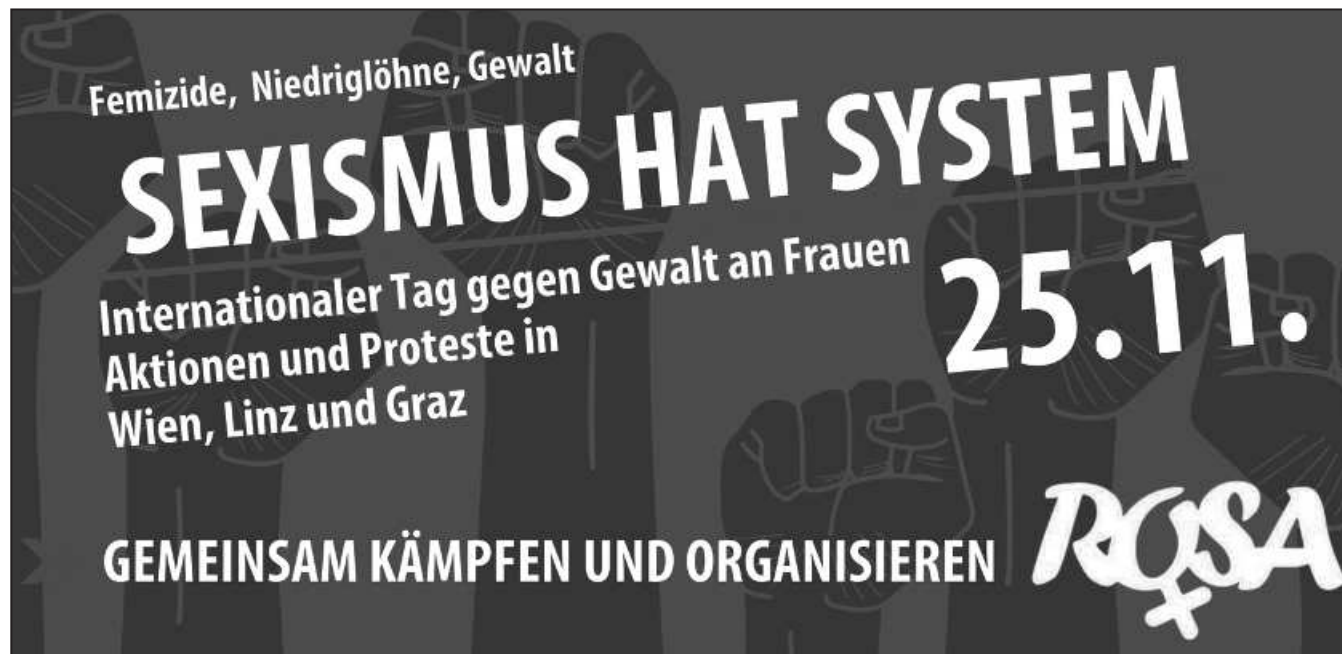
SLP-Bundesleitung



Die bundesweiten Folgen

Auch wenn offen ist, wann die Nationalratswahlen sind, ist klar, dass der Grazer Erfolg Folgen hat. Die KPÖ kann Initiativen auf der Basis von Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen in anderen Bundesländern bzw. für die Bundesebene setzen, um die dringend nötige Alternative anzustoßen. Ein Ansatz wäre die katastrophale Situation im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsreich, die immer wieder zu Protesten führt. So könn-

te die Linke einen wichtigen Schritt im Aufbau von Widerstand leisten. Der falsche Schluss aus dem Grazer Erfolg wäre eine Orientierung primär auf Wahlen und Mandate und der Versuch, den Erfolg einfach zu „kopieren“. Echte Verbesserungen werden nur möglich sein, wenn sich Gewerkschafter*innen, Sozialist*innen wie auch Kommunist*innen und andere Linke auf den Aufbau von sozialen Bewegungen und Klassenkämpfen stützen.



Gewalt an Frauen hat System

Im September erklärte Frauenministerin Raab: "Die Bundesregierung widmet sich auf mehreren Ebenen dem Kampf

regierung, uns mit leeren Versprechen und nahezu wirkungslosen Maßnahmen wie die der "verpflichtenden Täterbera-

Stattdessen sollen sich Frauen an die Polizei wenden: In einem System, in dem 8 von 10 Anzeigen wegen Gewaltta-

dieren lässt (Verurteilung nach der Wahl). Eine Regierung, die bis zum letzten Moment Abschiebungen nach Afghanistan durchgesetzt und damit auch Frauen der Gewalt der Taliban ausgeliefert hat und sich dann als Vorreiterin im Kampf gegen Gewalt inszeniert, kann keine Bündnispartnerin sein. Vertrauen können wir nur auf Widerstand von unten – die Proteste gegen Femizide können da nur ein Anfang sein. Das ganze kapitalistische System produziert in all seinen Poren Gewalt an Frauen – deshalb ist der Kampf gegen Sexismus nur dann erfolgreich, wenn er das ganze System in Frage stellt und herausfordert.

Sarah Moayeri

*Die Pandemie der Femizide nimmt kein Ende – von den Politiker*innen ist keine Hilfe zu erwarten.*

gegen häusliche Gewalt sowie Gewalt an Frauen und Kindern. Mit dem größten Gewaltschutzpaket der vergangenen Jahrzehnte haben wir im Mai einen Meilenstein für den Opferschutz und die Gewaltprävention gesetzt." Das "größte Gewaltschutzpaket seit Jahrzehnten" umfasst 25 Millionen Euro – ein Tropfen auf dem heißen Stein. Seit Monaten versucht die Bundes-

tung" Sand in die Augen zu streuen. Die Realität ist, dass sie nicht bereit ist, nennenswert Geld in die Hand zu nehmen für Frauenhäuser und andere Schutzeinrichtungen, dass sie Gewalt an Frauen rassistisch zu instrumentalisieren versucht und mit ihrer unsozialen Politik Gewalt an Frauen befördert. Dank Steuerreform wird Wohnen noch teurer, Unabhängigkeit noch schwerer!

ten eingestellt werden und Frauen, wie in einem Fall in Wien, von der Polizei nicht ernst genommen werden und sogar selbst wegen "Verletzung des öffentlichen Anstandes" eine Geldstrafe zahlen müssen. Wir brauchen uns gar nichts erwarten von einer Regierung und einem System, in dem eine Regierungspartei wie die ÖVP jemanden trotz Strafverfahrens wegen Vergewaltigung kandi-

Was es braucht, um Gewalt zu bekämpfen:

Wir brauchen mindestens 228 Millionen mehr für Gewaltschutz: Mehr Geld, Personal und ein flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern, Beratungsstellen und Notrufen für Frauen und LGBTQI+ Personen. Beschlagnahme von aus Spekulationsgründen leerstehenden Gebäuden, um Räume für Schutzeinrichtungen, aber auch für bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Gegen überholte Rollenbilder und für sexuelle Selbstbestimmung: Für volle Aufklärung über Sexualität, Verhütung und Gewalt in Bildungseinrichtungen ab dem Kindergarten. Dafür braucht es mehr Geld und Personal im Bildungssystem. Außerdem: Freier, kostenloser und flächendeckender Zugang zu Verhütungsmitteln und Abtreibungen. Nicht über den eigenen Körper bestimmen zu können, ist eine Form von Gewalt.

Eine gewerkschaftliche Offensive gegen Sexismus und Gewalt an Frauen in den Betrieben und Nachbarschaften. Aktivist*innen der sozialistisch-feministischen Initiative ROSA haben beim GPA Bundesforum einen Antrag eingebracht, der eine solche Kampagne einfordert. Schließlich hat die Arbeiter*innenklasse das größte Interesse daran, Sexismus, Rassismus und andere Formen der Spaltung zu bekämpfen.

Unabhängigkeit für Frauen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, höhere Löhne in frauendominierten Branchen und Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und Personalausgleich. Für die Vergesellschaftung von Haus- und Pflegearbeit. Um all das zu ermöglichen, müssen wir uns das Geld bei den Superreichen holen und die Macht der Banken und Konzerne brechen.

Der rechte Rand

Auch das 3. Corona-Schuljahr ist von Unsicherheit geprägt. Über 6.000 Kinder wurden vom Unterricht abgemeldet – eine Verdopplung. Ein relevanter Teil der „skeptischen“ Eltern ist bei den Impfgegner*innen daheim. Hier gibt es Verbindungen zur rechts-extremen und faschistischen Szene wie den „Reichsbürgern“.

Teil der Abschottung ist, die Kinder von klein auf einer rechten Gehirnwäsche zu unterziehen. Dazu werden diese eben „privat“ unterrichtet. Auch diese Verbindung von „Alternativschulen“ und Rechtsestoterik ist nichts Neues, sie gibt es schon seit der Wende zum 20. Jahrhundert. Steiner- bzw. Waldorfschule sind Relikte daraus. Neuere Projekte sind Schetinin- oder Lais-Schulen. In Villach wurde jetzt eine illegale Privatschule von „Querdenker*innen“ geschlossen. Hinter Naturnähe und „natürlichem Lernen“ verbirgt sich völkisch-esoterisches Gedankengut und die Ablehnung von Wissenschaft – und hier schließt sich wieder der Kreis zu den Impfgegner*innen.

Aufgebaut wird eine je nach Prägung stärker faschistische oder rechtsestoterische Parallelwelt, Bedrohung und Einschüchterung für Sozialist- und Gewerkschafter*innen inklusive. Solche Schulen drücken auch zunehmendes Selbstvertrauen und Radikalisierung dieser Szene aus.

Keine Frage, unser Regelschulwesen ist schlecht und abhängig vom (Nicht-)Vermögen der Eltern. Wir brauchen aber kein Zurück zur privaten häuslichen Bildung, sondern eine radikal demokratische Umgestaltung unseres Schulwesens zu einer Gesamtschule, wo Demokratie nicht abstrakt gelehrt, sondern gelebt wird.

Albert Kropf

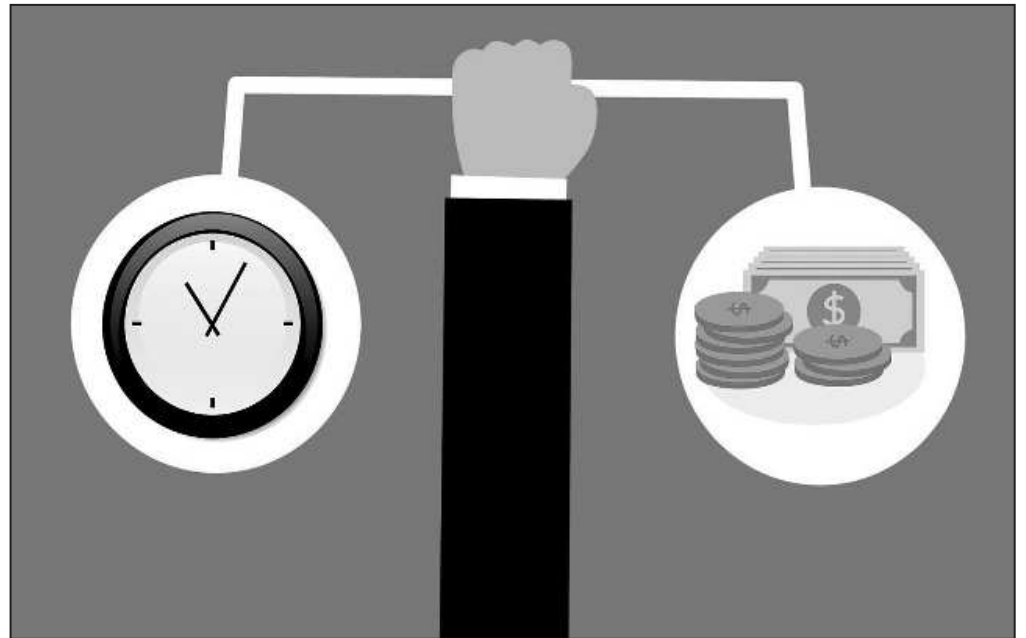
Kalter Winter, heißer Herbst?

Die Preise für Strom und Gas sind stark gestiegen. Der Großhandelspreis für Strom hat sich im Vergleich zum Jahresbeginn verdoppelt. Auch für Konsument*innen wird es ein teurer Winter. Mit dieser Teuerung hängt auch die Inflation zusammen und Haupttreiber der Inflation sind im Moment Mieten, Energie und Wasser. Die Corona-Pandemie spielt aufgrund der lockeren Maßnahmen kaum eine Rolle mehr.

Die Inflation stieg im September gegenüber dem Vorjahr um 3,2 %, Tendenz steigend. Die Arbeiter*innenklasse trifft vor allem die Steigerung der Preise im Mini- bzw. Mikrowarenkorb. Beim Miniwarenkorb (welcher wesentlich detailreicher die täglichen Kosten beschreibt) liegt die Teuerung gegenüber dem Vorjahr bei 6,5%. Dazu kommt noch die Steuerreform, die Menschen mit niedrigen Einkommen und Mieter*innen benachteiligt und die gesamte wirtschaftliche Entwicklung. Die Österreichische Nationalbank hat zwar eine positive wirtschaftliche Analyse und analysiert, dass die Wirtschaft bald wieder das Vorkrisenniveau erreicht hat, die Auftragsbücher sind gerade in der Industrie voll. Gleichzei-

tig geht das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo davon aus, dass 2021 und 2022 (schon wieder) Reallohnverluste bringen werden.

Von der wirtschaftlichen Erholung der Kapitalist*innen will der ÖGB nun etwas zur Arbeiter*innenklasse umverteilen. Metaller-Chef Wimmer spricht von einer „horrend hohen Inflation“ und die Gewerkschaft steigt auch deswegen mit einer Forderung von +4,5% für die Kollektivverträge ein. Beim letzten Abschluss von 1,45% war man „sehr moderat“ und habe nur die Inflation abgegolten. Jetzt gibt sich die Gewerkschaft kämpferisch und will ihr Stück vom Kuchen holen. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen sehen wir das Säbelrasseln skeptisch. Gerade während der Pandemie verkaufte die Gewerkschaft Einmal-Corona-Prämien als Erfolg. In Kombination mit der geringen Lohnerhöhung sind diese 1x Zahlungen 2-fache Politik im Sinne der Kapitalist*innen. 1. im Auszahlungsjahr wirken sie gewinn- und damit steuermindernd für die Firma. 2. Langfristig führen sie zu niedrigeren Löhnen. Die 4,5%-Forderung ist bei näherem Hinschauen also eigentlich wieder moderat.



Preis, Lohn und Inflation

Eine sozialistische Antwort auf die Inflation? Schon Trotzki hat 1938 im Übergangsprogramm von der „gleitenden Skala der Löhne“ geschrieben,

schen Kapital und Arbeit nicht verändert, das sollte eigentlich die Untergrenze sein, um Reallohnverluste zu verhindern. Wenn die Gewerk-

ten „indexiert“, also an die Inflation angepasst. „Wertsicherung“ nennt sich das. Bei Löhnen aber argumentieren die Kapitalist*innen, dass eine solche Kopplung zu erhöhten Preisen führt. Bürgerliche Ökonom*innen warnen dann vor einer „Lohn-Preis-Spirale“. Sie ignorieren dabei u.a., dass es verschiedene Wirtschaftssektoren gibt und Kapitalist*innen sich selbst einen Gewinn „gönnen“, den sie auf Kosten der Beschäftigten abzweigen. Doch es wird Zeit, dass wir unseren Anteil erhalten und für echte Verbesserungen kämpfen!

Beide Artikel von
Peter Hauer

Die Inflationsskoppelung ist nicht ungewöhnlich, es gibt sie bei Mieten, warum also nicht bei Löhnen?

spricht die Löhne steigen automatisch mit der Inflation. Das ist eine Verteidigungstaktik, um die Beschäftigten vor Lohnverlusten zu schützen (1998-2016 gab es z.B. bei Arbeiter*innen einen Reallohnverlust von 13%). Die Koppelung an die Inflation erhält nur die aktuelle Ausbeutung, weil sich das Verhältnis zwi-

schaft mit der „Benya-Formel“ argumentiert (Lohnerhöhung = Inflation + Produktivitätssteigerung) dann will sie nur den Status quo beibehalten.

Eine Inflationsskoppelung ist nicht ungewöhnlich, es gibt sie z.B. bei Mieten. Pünktlich zum 1. April werden viele Mie-

Kurznachrichten aus Betrieb & Gewerkschaft

GPA-Bundesforum

Das höchste Gremium der GPA könnte ein Ort sein, um ernsthaft Strategien zu diskutieren, wie die Gewerkschaftsbewegung gegen die vielfachen Krisen – Sozial-, Umwelt-, Corona- usw. – kämpfen und dabei den Angriffen der Bosse und der Rechten ein konsequentes Programm entgegenzusetzen kann. SLP-Aktivist*innen brachten gemeinsam mit der kämpferischen Basisinitiative „Sozial aber nicht blöd“ dazu Anträge

ein – Doch die versammelten Gewerkschaftsspitzen sahen das Forum nur als Pflichtübung, um schnell wieder zum – für Beschäftigte katastrophalen – sozialpartnerschaftlichen Business as usual zurückzukehren. Gegen den Antrag für verpflichtende Urabstimmungen über KV-Ergebnisse wurde etwa eingewandt, dass sich dann die Bosse nicht mehr auf die Handschlagqualität der Gewerkschaft verlassen

könnten. Offenbar ist der Gewerkschaftsführung also ein feuchter Händedruck der Bosse wichtiger als die Rechenschaft gegenüber ihren eigenen Mitgliedern! Dennoch konnten wir den Antrag, den 8. März zu einem gewerkschaftlichen Kampftag zu machen, durchbringen – auch wenn die Bürokratie ihn mit aller Kraft entschärfte. Jetzt heißt es erst recht: Druck aufbauen, um den Worten Taten folgen zu lassen!

Infolücke **Brief**

Für 1.9. lud die GPA zur „Informationsmesse für Betriebsrät*innen“ mit jeder Menge Infos. Was fehlte, waren Infos zu „Arbeitskampf/Streik“ – weil nicht sein darf... Aktivist*innen der SLP waren vor Ort und boten unsere Streikbroschüre an. Den GPA-Funktionär*innen war das gar nicht recht, sie setzten uns vor die Tür – wo die SLP-Streikbroschüre weiter auf lebhaftes Interesse bei den Teilnehmer*innen stieß.

„Sozial aber nicht blöd“ hat einen offenen Brief an die GPA und den Wirtschaftsbereich 17 geschrieben. Die Initiative fordert von der Gewerkschaft, aktiv für die am Bundesforum beschlossenen Forderungen nach 150€ Coronabonus und 1 Tag frei pro Pandemie-Monat zu kämpfen. Der Brief ist auf der Facebook Seite „Wir sind sozial aber nicht blöd“ zu finden. Verbreite auch du ihn, um Druck auf die Gewerkschaftsführung aufzubauen!



Kapitalismus schmeckt nicht gut

Vegan, Bio, regional – bewusste Ernährung liegt im Trend. Auch diverse Skandale, ständige Wegbegleiter der Nahrungsmittelindustrie, tragen dazu bei. Der Grund-

ren, selbst in der Küche stehen, oder ein gutes Restaurant besuchen. Doch auch Restaurants arbeiten häufig mit Fertigprodukten, bzw. Halbfertigprodukten, die voll

Massenproduktion, niedrigen Löhnen und Selbstbedienung.

Im Kapitalismus werden Lebensmittel einerseits für den Markt hergestellt, mit dem Ziel, Profit zu machen bzw. um im Falle von Kleinbäuer*innen, zumindest einigermaßen „über die Runden zu kommen“. Andererseits hängt vom Preis dieser Waren auch das Überleben der städtischen Bevölkerung ab.

Da der Lohn ausreichen muss, um die Arbeitskraft zu erhalten, hat der Kapitalismus als Ganzes ein Interesse daran, die Kosten für Nahrung möglichst niedrig zu halten. Dies geschieht über staatliche Subventionen (in Österreich jährlich 1.000.000.000 €), extreme Ausbeutung von

Erntearbeiter*innen, oder eben die Verbilligung durch Qualitätsverschlechterung. Das Kostendumping wird mit der unbezahlten Hausarbeit von Frauen vervollkommen. Gab es Anfang des 20. Jahrhunderts schon begrenzte Ansätze der Vergesellschaftung von Hausarbeit, wie in den cooperative housekeepings in den USA, ist diese durch Fast Food, Lieferservices und (Halb) fertigessen verdrängt worden. Das ist zwar qualitativ schlechter und selten günstiger, aber so können Frauen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die Kleinfamilie als Keimzelle des Staates bleibt erhalten.

Die Frage des guten Essens entpuppt sich als einer der Widersprüche, die der Kapitalismus nicht lösen kann,

weil Lebensqualität nicht Zweck, sondern ein Hindernis für die Wirtschaft ist – sei es Ernährung, Wohnraum, Bildung oder Pflege. In einer sozialistischen Gesellschaft müsste man sich nicht entscheiden, ob man gut oder leistungsfähig leben könnte. Und die heutigen Haubenköch*innen können ihre Kunst Betriebs- und Schulrestaurants zur Verfügung stellen, anstatt sie auf das reichste 1 % beschränken zu müssen. Die Lösung liegt nämlich nicht darin, dass jedeR jeden Tag 3x gesund für die Familie kochen muss, sondern dass in guten und gesunden Großküchen essen kann, wer will und das Selberkochen zum Vergnügen und nicht zur täglichen Last wird.

Oliver Giel

Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Lebensqualität ein Hindernis für Wachstum & Profite ist.

tenor: Verantwortung für gesunde Ernährung trägt der/ die Verbraucher*in. Besonders Frauen wird einschlechtes Gewissen gemacht, wenn sie nicht gesundes Essen, das auch noch „Spaß“ macht, auf den Tisch und in die Jausenbox zaubern.

Nur: Gesundes Essen ist teuer und braucht Zeit. Man muss einen größeren Teil des Einkommens investie-

von Fett, Farbstoffen und Geschmacksverstärkern sind. Diese sind billiger und können daher mit höherem Gewinn oder zu einem niedrigeren Preis verkauft werden bzw. sie sparen Arbeitskraft. Ironischerweise können sich so Ketten wie Vapiano oder McDonalds bessere Qualität, regionale Produkte und gleichbleibende Preise eher leisten. Beahlt wird dies mit

Red Bull verleiht Lügen Flügel

Red-Bull-Milliardär Mateschitz versucht schon lange, mit seinem Geld die Medienlandschaft nach rechts zu rücken. Sein neues Projekt heißt Pragmaticus. Das Magazin erscheint als Beilage von Zeitungen wie Presse, Kleine Zeitung, Tiroler Tageszeitung und Vorarlberger Nachrichten. Diese Medien verbreiten damit Mateschitz' Politik, die im Pragmaticus elitär-intellektuell verkleidet als Meinung von „Experten“ präsentiert wird. So hetzt et-

wa der neoliberale Ökonom Martin gegen Mindestlöhne. Als Negativbeispiel führt er Seattle an – die Stadt, in der Socialist Alternative (US-Schwesterorganisation der SLP) den ersten \$15-Mindestlohn erkämpfte! „Afrika-Experte“ Volker Seitz bemüht den rassistischen Mythos der Überbevölkerung. Er schreibt, dass in Afrika einfach zu viele Kinder geboren werden – und dass man Entwicklungsgelder streichen sollte, bis dort „strikte Famili-

enplanung“ herrsche. Österreichs Haus- und Hof-Philosoph Liessmann darf dann auch noch eine wirre „Ode an die Grenze“ herbeischwurbeln. Prinz (!) Michael von Liechtenstein – wo übrigens auch der Verlag steuerschonend angesiedelt ist – wirft sich dafür ins Zeug, dass die EU mehr Bomben schleißeln solle. Leitender Redakteur ist übrigens der frühere Chef des Wirtschaftsressorts des ach so seriösen Standard, Andreas Schnauder.

Mikis Theodorakis (1925–2021)

Schon mal Sirtaki getanzt? Die weltberühmte griechische Musik stammt von Mikis Theodorakis, der im September 96jährig verstarb. Doch Theodorakis war nicht nur gefeierter Komponist, sondern auch Kommunist – er kämpfte im griechischen Widerstand gegen die Nazis und später gegen die Militärdiktatur. Noch im hohen Alter war er aktiv gegen das EU-Kürzungsdiktat und wurde auf Demos verletzt. Er war lange Mitglied der Kommu-

nistischen Partei, von der er sich jedoch korrekterweise aufgrund ihrer stalinistischen Moskau-Treue abwandte. Er blieb ohne Organisation, auch das ein Grund für zahlreiche politische Fehltritte, wie die zeitweise Unterstützung konservativer Politiker*innen oder mangelnde Abgrenzung gegenüber sich sozial präsentierenden Nationalist*innen. Sein Werk bleibt jedoch eine unschätzbare Quelle sozialistischer Ideen und Inspiration für kommende Kämpfe.

24.9.: International gegen Klimawandel

Am 24.9. haben auch Aktivist*innen der ISA am internationalen Klimastreik teilgenommen! Dabei protestierten weltweit unzählige v.a. Jugendliche gegen das Versagen der Politiker*innen angesichts der voranschreitenden Klimakatastrophe.

Als SLP und ROSA waren wir in Wien, Graz und Linz auf der Straße und haben uns an den Protesten beteiligt. Mit Flugblättern und Demosprüchen wie „System Change – not Climate Change“ haben wir das klägliche Versagen der etablierten Parteien betont. Wir haben auch zur UN-Klimakonferenz mobilisiert (COP26), bei der dieses Jahr große internationale Proteste erwartet werden.

Für viele der Teilnehmer*innen wird immer deutlicher, dass die Appelle von FFF und anderen an die bürgerlichen Parteien nichts bewirken. Sie hatten lange genug Zeit zu handeln und beweisen wieder, dass der wirtschaftliche Profit in unserem System weit über den Bedürfnissen von Umwelt und Natur steht.

Umso verheerender ist es, wenn manche Organisator*innen von FFF versuchen, den Charakter des Protests zu entpolitisieren, indem sie Stände von Parteien verbieten und uns in Linz von der Demo vertreiben wollten. Das ist

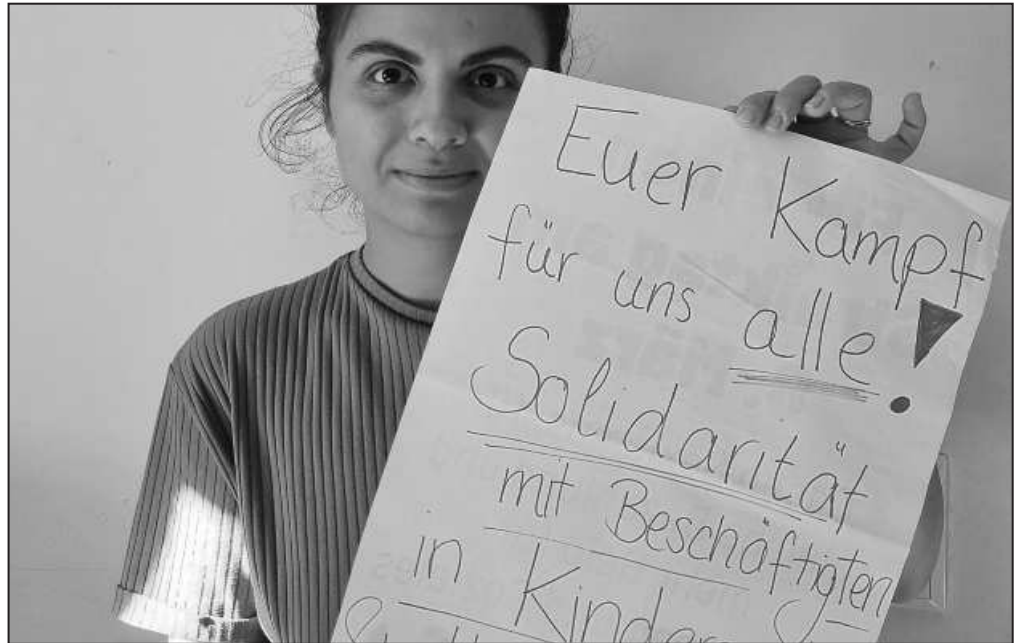
einerseits Zensur, da die etablierten Parteien sehr wohl, wenn auch durch ihre Jugendorganisationen, vertreten sind und andererseits Bevormundung der Teilnehmer*innen der Demo, denen so nicht zugegetraut wird, sich eine eigene Meinung zu bilden.

Unser Angebot richtet sich an jene, die sich mit uns gegen Kapitalismus als treibenden Faktor der Klimakatastrophe organisieren wollen und genug haben von den leeren Versprechen. Für uns ist klar, dass es nur einen einzigen Weg gegen den Klimawandel gibt: Eine Organisation von Jugendlichen, Schüler*innen und Arbeiter*innen von unten mit einem klaren Programm gegen den Kapitalismus.

Ein weiteres präsent Thema war der Bau des Lobau-Tunnels, den Aktivist*innen seit einigen Wochen besetzt haben. Auch da sagen wir klar: Die Lobau muss bleiben! Wir brauchen nicht noch mehr Straßen, sondern einen massiven Ausbau des öffentlichen Verkehrs, dazu gratis Öffis und einen besser getakteten und geregelten Verkehr.

Die SLP kämpft für eine demokratisch geplante und organisierte Gesellschaft nach den Bedürfnissen von Menschen und Umwelt und nicht den Profiten. Mach mit!

Kajal



Überlastet und übersehen

Mehr Geld, mehr Personal, kleinere Gruppen und bessere Ausbildung. Das sind keines-

ausgesetzt. Die Proteste während der Arbeitszeit waren also mehr als notwendig. Statt ge-

zwei Wochen vor dem Streik mit Schüler*innen der Bakip 10 – Schule für Elementarpädagogik – in

Protest der Beschäftigten in Kindergarten & Hort am 12. & 14. Oktober für bessere Arbeitsbedingungen.

wegs neue Forderungen. Durch die Covid-19 Pandemie wurden diese alten Probleme allerdings deutlich verstärkt. Beschäftigte in den Kindergärten waren es, die, wie die Beschäftigten im Gesundheits- und Sozialbereich oder im Handel, in Zeiten der Pandemie alles am Laufen gehalten und nichts als Applaus erhalten haben. Die selben Beschäftigten waren dem Virus ohne ausreichenden Schutz

meinsam einen „echten“ Streik zu organisieren, entschieden sich die Gewerkschaften „younion“ und „GPA“ leider für getrennte Proteste der öffentlichen und privaten Einrichtungen.

Um trotzdem das höchstmögliche Maß an Energie für die de facto Streiks zu gewinnen, hat es sich ROSA zur Aufgabe gemacht, möglichst viele Leute zu mobilisieren. Deswegen sind wir

Kontakt getreten, um einen Schüler*innen Block bei den Protesten zu organisieren. Um sich besser auf den Streik vorzubereiten, haben wir einen Workshop angeboten. Die Kundgebungen, welche von uns organisiert wurden, um den Protest in die Öffentlichkeit zu tragen und Solidarisierung in der Bevölkerung aufzubauen, erhielten viel Zuspruch.

Rosa

Vöcklabruck: Kein Stadtplatz für Rechtsextreme



Für 11.9. planten "die Österreicher (DO5)" (Nachfolgeorganisation der Identitären) in Vöcklabruck eine "patriotische Zone". Der 1. Rückschlag war, dass sie eine Anzeige erhielten, weil die Aktion nicht angemeldet war. Der 2. Rückschlag waren ca. 30 Antifaschist*innen des Bündnis Vöcklabruck gegen Rechts und der SLP, die bereits auf sie warteten und am Stadtplatz Anlage und Transparent aufgebaut hatten. Teilweise waren 10x

mehr Antifaschist*innen anwesend als Rechte. Die Aktion wurde 3 Tage vorher angekündigt, SLPler*innen konnten schnell Details ausforschen und ein Programm aufstellen. In der SLP-Reide machten wir klar, dass es demokratische und wissenschaftliche Corona-Regeln braucht und dass eine Infokampagne von Arbeiter*innen und Gewerkschaften selbst organisiert werden muss, um DO5&Co. das Wasser abzugraben.

Andere über uns



Beim weltweiten Klimastreik am 24.9. in Linz interviewten die „Oberösterreichischen Nachrichten“ Krankenpfleger und SLP-Aktivist Jan Millionig. Jan betonte, dass sich auch mit den Grünen in der Regierung nichts grundlegend an der katastrophalen Klimapolitik geändert hatte – und dass die Klimabewegung das ganze kapitalistische System ins Visier nehmen muss, um die notwendigen Veränderungen zu erkämpfen.



Afghanistans Weg ins Chaos

Im August haben die Taliban erneut die Macht in Afghanistan übernommen. Nachdem die USA den Truppenabzug begonnen hatte, brach innerhalb von 11 Tagen die afghanische Armee zusammen. Präsident Ghani floh mit einem Flugzeug, angeblich voller Geld.

Die USA erlitten eine katastrophale Niederlage. Die Bilder von Menschen, die sich verzweifelt an Flugzeuge klammern, gingen um die Welt. Die geopolitische Machtverschiebung zugunsten von China, das Afghanistan in sein neues Seidenstraßenprojekt integrieren will, wird immer deutlicher und birgt

von der herrschenden Klasse der USA. Bei der letzten Wahl nahmen lediglich 20% teil, Wahlbetrug war weit verbreitet.

Der Imperialismus kann keine Antworten auf die Probleme der Bevölkerung geben. 180.000 verloren im letzten Krieg ihr Leben, 10.000e Zivilist*innen starben. Die USA gaben rund 2 Billionen Dollar aus. Banken machten mit Zinsen 530 Milliarden Dollar Gewinn. Korruption war an der Tagesordnung, während für die Bevölkerung kaum Geld da war.

Auch nach über 10 Jahren unter imperialistischer Dominanz können nur 38% aller jungen Frauen lesen

danach von hinten von den Taliban erschossen wurde, ging viral.

Die Wirtschaft stagniert: Die landwirtschaftliche Produktion ist völlig veraltet, 90 % haben ein Einkommen unter 2 Dollar/Tag. Opiumabhängigkeit ist ein großes Problem und Afghanistan ist der größte Heroinproduzent der Welt. Rund 80% des bisherigen Budgets waren Mittel aus dem Ausland, das wird zumindest zum Teil wegfallen. Hinzu kommt die Dürre, die zur Zeit in Afghanistan herrscht: Es steht eine Hungerkatastrophe bevor.

Das Ausmaß der US-Niederlage in Afghanistan wird mit Vietnam vergli-

v.a. wirtschaftlichen Interessen der Taliban im Weg. Die Menschen haben Angst vor dem, was noch kommen wird.

Es gab aber von der ersten Sekunde an Widerstand: Frauen, die "Tod den Taliban" an Hauswände von Kabul sprühen, sowie Demonstrationen, in denen Frauen Bildung und Arbeitsplätze forderten. Am Tag der Unabhängigkeit kam es in ganz Afghanistan zu Protesten.

Der Imperialismus wird im Wesentlichen auch mit den Taliban weitermachen. Den USA ging es bei ihrer militärischen Intervention nie um den Kampf gegen den Terror, es ging um wirtschaftliche Macht, wertvolle Bodenschätze und eine starke Präsenz.

Nun ist verstärkt China präsent. China geht es um die "Neue Seidenstraße" (Belt-and-Road-Initiative), wodurch es nicht überraschend ist, dass China eines der ersten Länder war, das den Dialog mit den Taliban suchte. China freut sich zwar über die Niederlage der USA, sieht aber auch die Gefahr der Destabilisierung der Region und fürchtet, dass u.a. die Uiguren durch den Sieg der Taliban stärker werden könnten. So werden die Grenzkontrollen verstärkt.

Die Gefahr der weiteren Destabilisierung der ganzen

Region mit Krieg, bewaffneten Konflikten, Fluchtwellen und dramatischen sozialen und wirtschaftlichen Folgen steht im Zentrum aller Reaktionen der diversen Regierungen. Auch der Iran sucht den Dialog. Obwohl zwischen Taliban und Iran der Islam sehr unterschiedlich ausgerichtet ist, möchte auch Teheran Stabilität. Die sunnitische Minderheit im Land soll unter Kontrolle gehalten, der "Islamische Staat" in Schach gehalten werden.

Die Reaktionen der EU waren getragen von der Befürchtung, dass sich 2015 wiederholen könnte. Es geht darum, die Grenzen zu schützen. Als Von der Leyen legale und sichere Fluchtrouten forderte (das Thema aber weg von der EU auf die internationale Ebene und somit ins Reich der Träume verschob), sorgte das in der EU, allen voran unter den etablierten Parteien in Österreich, für Aufregung. Sogar die SPÖ sprach sich für Verhandlungen mit den Taliban aus.

Dieser Schwerpunkt wird auf folgende Themen näher eingehen: Wer hat welche ökonomischen Interessen, die Entwicklung Afghanistans, die Rolle der "Permanenten Revolution" und mögliche Auswege aus der Lage, in der sich Afghanistan befindet.

Christine Franz

Der imperialistische Krieg der USA ist gescheitert, die Region noch instabiler geworden.

Probleme mit den USA und Zündstoff.

Die 35.000 Soldaten der afghanischen Armee verschwanden, mit Ausnahme einer kleinen Anzahl, die sich dem Widerstand im Pandschir-Tal angeschlossen hatte, der aber seinerseits weder Demokratie noch Frauenrechte verteidigt.

Wieso ging das alles so schnell? Die letzte Regierung war unbeliebt, sie war durch und durch abhängig

und schreiben. Am Land gab (und gibt) es kindliche Sexsklav*innen. 55 % der Bevölkerung haben keinen Zugang zu Wasser, die Armut stieg sogar. Unter dem prosovjetschen Regime in den 1980er Jahren haben mehr Mädchen Schulbildung genossen als unter der von den USA gestützten Regierung. Schon gibt es Berichte von Zwangsverheiratungen und das Video von einer Frau, die "Ehebruch" begangen hatte, und

chen. Dieser Vergleich ist jedoch unzutreffend. Anders als bei Vietnam, wo der Vietcong eine fortschrittliche Bewegung war, sind die Taliban eine reaktionäre Kraft, die u.a. Frauenrechte massiv einschränkt und demokratische Rechte beschneidet. Oppositionelle bangen um ihr Leben und die ohnehin schwachen gewerkschaftlichen Strukturen sind bedroht, Arbeiter*innenrechte stehen den politischen und

Die Kosten des Krieges**22 Mrd. \$**

US-Militärausgaben 1 – 3 2021

11 Mrd. \$ pro Jahr

Afghanische Ausgaben öffentlich & privat

5,3 Mrd. \$

Afghanisches Budget 2021

Afghanistan in Zahlen & Fakten

- **Afghanistan** hat 80% Anteil an der globalen Opiumproduktion – 6.400t/Jahr. Der Großteil läuft über illegale Kanäle, eine Quelle für Waffenhandel und Korruption. Laut „Corruption Perception Index 2020“ von Transparency International gehört Afghanistan zu den Schlusslichtern – Position 165 von 180 Ländern.
- **Exporte** ins Ausland gehen v.a. nach Pakistan, Indien und die Vereinigten Arabischen Emirate, dabei handelt es sich um getrocknete Früchte, Gold, Teppiche und Insektenharze. Alles zusammen Produkte, die keine hohen Verkaufswerte erzielen und somit wenig Geld in die Staatskassen bringen. In den letzten 10 Jahren nahm der Anteil der Industrie ab.
- **Importe** kommen hauptsächlich aus den oben genannten Ländern plus China (600 Mio. USD) und den USA (594 Mio. USD).
- **Die stärksten** Unternehmen sind 6 Banken mit einem Gesamtvolumen von 153 Mrd. USD gefolgt von 4 Fluggesellschaften mit je 10 Mrd. USD Umsatz im Jahr.
- **Das Söldnerunternehmen** Blackwater – jetzt „Academi“ – ist Teil der Constellis

Holdings, die weltweit als eines der größten Sicherheits- und Militärunternehmen gilt, mit einem Umsatz von über einer Milliarde US-Dollar. Sein Gründer Eric Prince hat mehr als einmal versucht, die US Regierung davon zu überzeugen, die militärischen Truppen durch private Spezialeinheiten zu ersetzen, durchaus erfolgreich. Zuletzt bot er eine Evakuierung für 6.500 Euro/Person aus Afghanistan an. Ein weiterer Gigant im Söldner-Business ist die US-amerikanische Firma DynCorp International.

- **In der afghanischen** Erde schlummern Rohstoffe im Wert von einer geschätzten Billion Euro – Lithium, Kupfer, Gold, Aluminium und Kobalt. Lithium steht für den Bau von Batterien für Elektroautos hoch im Kurs.
- **Ein chinesischer** Staatskonzern hat für 3 Mrd. USD eine Kupfermine gekauft und die China Metallurgical Group Corporation (MCC) baut eine Eisenbahnlinie, um das Kupfererz abzutransportieren. Eine der größten ausländischen Investoren im Bereich der Energieversorgung ist die Asiatische Entwicklungsbank (ADB).

Margarita Wolf

Afghanistan: Wie kam es zum Desaster?

Das 20-jährige Abenteuer des westlichen Imperialismus in Afghanistan ist zu Ende. Während über 2 Billionen US-\$ verschwendet und über 180.000 Menschen getötet wurden, scheiterte jeder Versuch, ein stabiles Regime in dem Land zu etablieren. Um zu verste-

deten, die ihre eigene privilegierte Position bedrohten.

Mit der Saur Revolution 1978 eroberten pro-sowjetische Kräfte die Macht. Die stalinistisch geprägte Regierung versuchte v.a. das Land der Großgrundbesitzer*innen zu verteilen und den An-

litärisch organisierte islamisch fundamentalistische Gruppen, war ein gefundenes Fressen für die imperialistischen Interessen der USA, sowie für Saudi-Arabien und Pakistan. Für die weitere Entwicklung sollte sich deren Einmischung als entscheidend erweisen.

Afghanistan war vor dem Krieg von einem durchaus toleranten Islam geprägt gewesen. Die sunnitische Mehrheit lebte friedlich mit den schiitischen, sikhistischen, hinduistischen und jüdischen Minderheiten. Finanziert wurden von den USA und ihren Verbündeten jedoch gerade die fundamentalistischsten Gruppierungen, sie zogen so ihr eigenes Monster heran.

Nach Zerfall der Regierung 1992 begannen die Islamisten, sich gegenseitig zu bekriegen. Ihre Warlords waren bzw. agierten in der Tradition der feudalen Fürsten. Sie lebten in Prunkbauten, pressen die ländliche Bevölkerung aus, vergewaltigten und verlangten Wegzölle für Durchreisende, was zum Kollaps der Wirtschaft führte. 1994 entwickelte sich eine noch extremere islamistische Strömung, die Taliban. Diese boten zwar den Warlords etwas Einhalt, errichteten aber ein umso grausameres Regime. Öffentliche Hinrichtungen standen an der Tagesordnung. Sie verboten Frauen Bildung, Arbeit und ohne männlichen Verwandten das Haus zu verlassen. Verboten wurden auch Mobiltelefone und Fernsehen. Es gelang ihnen, einige ländliche, konservativere Gebiete zu stabilisieren, in den

Das Monster des Islamismus wurde von den USA selbst hochgezogen.

hen, wie es so weit kommen konnte, ist ein Blick zurück notwendig.

Ab dem 20. Jahrhundert war Afghanistan in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert, etwa durch den Export landwirtschaftlicher Produkte und Teppiche. Mit dem Kalten Krieg traten USA und Sowjetunion in Konkurrenz um Einfluss in dem sowjetischen Nachbarland, und finanzierten den Bau zahlreicher Straßen, Brücken, Staudämme und Kraftwerke. Zudem florierte der Tourismus. Mit der Modernisierung entwickelten sich zwei Oppositionsgruppierungen. Vor allem gebildete Schichten in den Städten forderten eine Entwicklung nach sowjetischem Vorbild. Der Großteil der Wirtschaft war noch geprägt von feudalen Strukturen, Großgrund- und Stammesbesitz an landwirtschaftlichen Nutzflächen. Aus den ländlichen herrschenden Klassen der Großgrundbesitzer, Stammesführer und Mullahs (religiöse Prediger) gingen die ersten islamistischen Gruppen Afghanistans hervor, die sich gegen jede Modernisierung wen-

alphabetismus zu bekämpfen. Die Basis der Regierung war jedoch begrenzt, sie versuchte die Revolution von oben zu diktieren, anstatt die noch fehlende Massenunterstützung unter der armen Landbevölkerung aufzubauen. Auch wurde in typisch stalinistischer Manier jede Opposition, darunter auch Linke, brutal unterdrückt. Schon 1979 standen große Teile des Landes in bewaffneter Rebellion, worauf die sowjetische Führung in Afghanistan einmarschierte, um die schwächelnde Regierung zu retten. Im 10 Jahre dauernden Krieg konnten kaum Fortschritte erzielt werden, nur im Norden gelangen Teile der Landreform und die Errichtung eines Gesundheits- und Bildungssystems. Die Vorgängerorganisationen von SLP und ISA verurteilten den sowjetischen Einmarsch, aber wir wiesen auch auf die negativen Folgen des späteren Abzugs hin, der die fortschrittlichen Kräfte Afghanistans im Stich ließ und alle sozialen Fortschritte aufgab.

Der Aufstand der sogenannten Mujahedin, mi-



Städten und den Gebieten der ethnischen Minderheiten, die moderner geprägt sind, waren sie jedoch mit massivem Widerstand konfrontiert. Die Herrschaftsweise der Taliban, die auf Großgrundbesitz und Mullahs in den Dörfern basierte, war ungeeignet für die Städte. Ihr Fanatismus stand der wirtschaftlichen Entwicklung im Weg und

Als Verbündete dienten wieder die feudalen Eliten und Warlords, die das Land in den 90ern an die Wand gefahren hatten. In ihren Taschen versickerte das Geld aus der westlichen Entwicklungshilfe. Grundlegende Bestandteile der bürgerlichen Revolution und damit einer bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung, wie eine

grenzte Fortschritte erzielt werden, doch für die Landbevölkerung war davon nichts spürbar, die Frauenerwerbsquote stieg gerade einmal von 12 auf 19%. Die Mehrheit der afghanischen Bevölkerung lebt weiterhin in bitterer Armut.

Erst durch diese Bedingungen konnten die Taliban sich in bestimmten ländlichen Gegenden der Bevölkerung gegenüber als kleineres Übel darstellen, während selbst in den Städten die Unterstützung für das korrupte Klientelregime der USA einbrach, was sich etwa an der extrem niedrigen Wahlbeteiligung zeigt. Das Regime fiel nach Abzug der NATO-Truppen innerhalb von Wochen auseinander. Doch die Taliban werden noch weniger in der Lage sein, das Land zu modernisieren als das Besatzungsregime. Denn auch sie vertreten die Interessen der feudalen Klassen wie auch unterschiedlicher imperialistischer Länder. Innerhalb der Taliban treten bereits Spaltungen auf. Die "moderateren" Fraktionen wollen eine stärkere Annäherung v.a. an den chinesischen Imperialismus, um etwa die kurz vor dem völligen Kollaps stehende Wirtschaft durch Förderung von Rohstoffen zu stabilisieren. Das würde Modernisierungsprozesse voraussetzen, die für den Hardliner-Flügel so inakzeptabel sind, dass sie lieber das ganze Land verhungern lassen würden. Dieser Widerspruch ist für die Taliban unüberwindbar und wird eine Stabilisierung ihres Regimes auf Dauer unmöglich machen.

Manuel Schwaiger

Alle Teile der herrschenden Klasse haben sich als unfähig erwiesen, Afghanistan zu entwickeln.

verhinderte Zusammenarbeit. Standen die USA ihnen anfangs wohlwollend gegenüber, wurde schnell klar, dass sie keine verlässlichen Verbündeten bei einer Entwicklung und Ausbeutung Afghanistans waren.

Nach dem 11. September 2001 marschierten die USA unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung ein. Nachdem die Taliban, längst als brutale Despoten diskreditiert, fast kampflos auseinandergefallen waren, schien das Einsatzziel erfüllt. Doch die USA blieben im Land. Zu wertvoll waren Afghanistans ungenutzte Rohstoffe wie Gold, Kupfer, Eisen, Rohöl und Lithium, so wie die geostrategische Lage als Brückenkopf gegen Russland, China und Iran. Mit dem Projekt „nation building“ sollte ein den USA treues bürgerliches Regime geschaffen werden.

Landreform zugunsten der Kleinbäuer*innen und damit die Zerschlagung feudaler Machtstrukturen, der Zugang zu Bildung, eine grundlegende Industrialisierung oder der Aufbau eines funktionierenden Steuersystems waren unter diesem Regime unmöglich. Der Anteil des Grundschulbesuchs von Mädchen stieg in der Zeit der Besatzung nur von 30 auf 40%, der Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung fiel von 26% 2005 kontinuierlich auf 12,5% 2020. Während das Steuersystem für Unternehmen leicht umgangen werden konnte, mussten gewaltige Schmiergelder an lokale Warlords bezahlt werden. Vor allem für die Landbevölkerung bedeutete das neue Regime, wieder den räuberischen Banden der 90er ausgesetzt zu sein, die Schutzgeldzahlungen abpressten und eine Epidemie der Kinderprostitution verursachten. Im Bereich der Frauenrechte konnten in den Städten be-



Marx aktuell

Jede*r kennt die Bilder aus Afghanistan: Lehmhütten, davor sitzen altmodisch gekleidete Menschen am Boden, wie im Mittelalter glaubt man. Gleichzeitig sehen wir das Erwachen einer städtischen „Mittelschicht“, die jetzt gegen die Taliban demonstriert.

Der marxistische Theoretiker und Revolutionär Leo Trotzki sprach von einer „ungleichen und kombinierten Entwicklung“. In (post)kolonialen Ländern sehen wir auf selbem Raum eine verspätete (dafür umso konzentriertere) industrielle Entwicklung einerseits und daneben feudale Strukturen mit Großgrundbesitz und Leibeigenschaft. In den 60er-/70er-Jahren gab es in Afghanistan schon Industrie und Ansätze von Sozialstaat, aber Imperialismus und US-Intervention haben das Land „zurück in die Steinzeit gebombt“ (Zitat George W. Bush).

Kombiniert & ungleich braucht Permanente Revolution

Darum ist nicht nur das „Nation Building“ (Aufbau staatlicher Strukturen) gescheitert, sondern es ist auch keine moderne eigenständige herrschende Klasse entstanden. Die lokalen Eliten wurzeln im Feudalismus bzw. profitieren von Korruption, ausländischen Geldern und illegalen Geschäften (mit Opium). Gleichzeitig ist Afghanistan im weltweiten Kapitalismus eingebettet. Doch wird die Wirtschaft, ähnlich wie in Russland Anfang des 20. Jahrhunderts, stark von ausländischen Kapitalist*innen (bzw. ihren Marionetten) dominiert.

Im Land selbst haben wir kein demokratisches bürgerliches System. Die aktuellen Proteste zeigen, dass Arbeiter*innen, Arme und auch Bäuer*innen aber Interesse an demokratischen Rechten, Infrastruktur, Bildung, Aufteilung des Landbesitzes usw. haben. Doch für eine bürgerliche „Revolution“, die so etwas wie eine entwickelte kapitalistische Gesellschaft erreicht, fehlt die Grundlage, weil die besitzenden Klassen vor Ort zu schwach bzw. im Großgrundbesitz verwurzelt sind.

Trotzki erkannte hier die Notwendigkeit der „Permanenten Revolution“: „In Bezug auf die Länder mit einer verspäteten bürgerlichen Entwicklung, insbesondere auf die kolonialen und halbkolonialen Länder, bedeutet die Theorie der permanenten Revolution, dass die volle und wirkliche Lösung ihrer demokratischen Aufgabe und des Problems ihrer nationalen Befreiung nur denkbar ist mittels der Diktatur des Proletariats als des Führers der unterdrückten Nation und vor allem ihrer Bauernmassen.“

Mit „Diktatur des Proletariats“ ist die revolutionäre Machtübernahme der arbeitenden Bevölkerung gemeint. Sie muss die Kontrolle über die Wirtschaft übernehmen und nach den Bedürfnissen der Menschen gestalten. Nur eine Revolution, angeführt von der Arbeiter*innenklasse, kann die Landbevölkerung vom Joch des Großgrundbesitzes befreien. Die Bäuer*innen sind zu zerstreut und wenig organisiert. Die Arbeiter*innenklasse ist zwar zahlenmäßig schwach, doch konzentrierter und macht gemeinsam die Erfahrung von Ausbeutung und Widerstand. Sie muss die Aufgaben der „bürgerlichen Revolution“ übernehmen, und um diese zu sichern, weitergehen zu einer sozialen Revolution, die die Macht von den korrupten Eliten zu den Massen der Arbeiter*innen und Armen gibt.

Jan Millonig

Zum Weiterlesen

Leo Trotzki:
Die permanente Revolution

1929



Ist ein Ende des Schreckens möglich?

Die Situation in Afghanistan ist frustrierend. Vor allem für Frauen und LGBT+ Personen bedeuten die Taliban die Hölle. Auch Linke und Aktivist*innen der Arbeiter*innenbewegung sind in Lebensgefahr. Zu Recht fragen sich viele, wie und durch wen in dieser Situation eine lebenswerte Zukunft geschaffen werden soll?

Von Beginn an wurde die Machtübernahme der Taliban von Widerstand be-

Verschärfung der sozialen Lage durch soziale Forderungen ergänzt werden. Auch die Taliban können nicht gänzlich auf weibliche Arbeitskräfte verzichten. Die Kombination von verstärkter Unterdrückung und sich weiter verschlechternder sozialer Lage kann explosiv sein.

Als Sozialist*innen betonen wir die zentrale Rolle der Arbeiter*innenklasse. In Afghanistan ist die Lage besonders schwierig, da

port führen. Hier kann eine stark konzentrierte Arbeiter*innenklasse, die unter extrem ausbeuterischen Bedingungen arbeitet, entstehen. Auch das ein Pulverfass.

In den letzten Jahrzehnten sind die Städte massiv angewachsen. Hier sind nicht nur ein Großteil der Beschäftigten der Verwaltung sowie der größten Unternehmen (Banken und Fluggesellschaften) angesiedelt, sondern

oder sogar gestürzt. Dies geht auch nicht an Afghan*innen unbemerkt vorbei. In den angrenzenden Ländern gab und gibt es Streiks und Proteste.

Dazu gibt es durch die afghanischen Communities im Exil auch die Möglichkeit für Sozialist*innen und Gewerkschafter*innen, Kontakt zu den Aktivist*innen vor Ort aufzunehmen. Der Kampf für Rechte von Flüchtlingen und die Einbindung afghanischer Kolleg*innen in betriebliche Auseinandersetzungen sind zentral, um Vertrauen zu schaffen.

All dies soll die massiven Schwierigkeiten für fortschrittliche Kräfte nicht kaschieren. Jedoch ist die Herrschaft der Taliban instabil. Entscheidend wird sein, ob die Arbeiter*innenklasse zum Faktor in Protesten gegen Frauenunterdrückung, Hunger, Arbeitslosigkeit wird. Die armen Massen und die Arbeiter*innen haben in der letzten Periode bitter erleben müssen, dass die kapitalistischen Eliten unfähig sind, Frieden, Demokratie und auch nur die Erfüllung grundlegender Bedürfnisse zu gewährleisten. In kommenden Kämpfen werden die Illusionen in all jene, die für ein „zurück“ zum letzten Regime oder ähnlichem stehen, gering sein.

Die Frage „was stattdessen“ ist daher zentral und wird in kommenden Protesten aufkommen. Neue politische und gewerkschaftliche Strukturen werden entstehen und es wird wichtig sein, aus der Geschichte zu lernen: Aus jener Afghanistans und der Arbeiter*innenbewegung international. Zentrale Lehren sind die Notwendigkeit demokratischer Strukturen und eines Programms, das bei den Bedürfnissen der Menschen ansetzt und aufzeigt, dass diese nur gelöst werden können, wenn die Menschen, die den Reichtum schaffen, ihn auch verwalten und davon profitieren sollen. Die Bündnispartner*innen dafür sind nicht die UNO, nicht die USA oder die EU, sondern die unterdrückten und rebellierenden Massen und insbesondere Arbeiter*innen in der Region und International. Rosa Luxemburgs Worte "Sozialismus, oder Barbarei" treffen auf Afghanistan voll zu! Die Menschen werden auf die Straße gehen, streiken und ihr Leben riskieren. Mit einem sozialistischen Programm und einer sozialistischen Organisation ist eine wirklich bessere Zukunft erreichbar. Das ist kein leichter Weg, aber der einzig mögliche!

Lukas Kastner

Nur die Arbeiter*innenklasse unter revolutionärer Führung kann den gordischen Knoten lösen.

gleitet. Ausgehend von Herat am 2. August breitete sich dieser auf andere Städte und Regionen aus – Nangarhar, Khost, Kunar und Bamiyan. Seit 17. August demonstrieren immer wieder v.a. Frauen für ihre Rechte. Bisher konnte die brutale Reaktion der Taliban kein Ende der Aktivitäten erwirken. Das drückt eine Veränderung im Bewusstsein aus: "Wir sind nicht dieselben, wie vor 20 Jahren" ist eine weit verbreitete Stimmung. Die Proteste sind, auch wegen der massiven Repression, relativ klein und die Forderungen sind recht allgemein. Doch sie halten an und werden wohl mit

diese in den letzten Jahrzehnten geschwächt wurde. Zahlenmäßig durch die De-Industrialisierung, politisch auch durch die Angriffe auf Gewerkschaften durch die „demokratische“, vom Westen gestützte Regierung. Dennoch ist sie vorhanden. So arbeiteten 2017 18 % der Beschäftigten in der Industrie und 37% im Dienstleistungsbereich. Zehn- oder sogar hunderttausende sind bzw. waren auch in Afghanistan in gewerkschaftlichen Strukturen organisiert. Die Erschließung von Bodenschätzen kann in Zukunft zur Stärkung von Minensektor sowie Bauwesen und Trans-

auch eine riesige Masse an städtischen Armen. Eine ganze Generation wütender Jugendlicher, die unter den Taliban zu recht noch weniger Zukunft als bisher sieht, kann jederzeit explodieren. Solche Explosionen waren oft der Auslöser für breitere Proteste und sogar Revolutionen. Um erfolgreich zu sein, braucht es aber die Arbeiter*innenklasse.

Weltweit haben in den letzten Jahren die Proteste gegen Unterdrückung (v.a. von Frauen) und kapitalistisches Elend zugenommen. Ähnlich reaktionäre Regime wie die Taliban wurden von Algerien bis zum Iran erschüttert,

Rebellion ja, aber im Kollektiv

Wie sieht momentan das geläufige Schönheitsideal der Frau aus? Jung, gesund und schlank soll sie sein. Außerdem soll sie doch bitte schön keine Haare unter den Achseln oder auf den Beinen, Pickel oder sonstige „Problemzonen“ haben. In der Popkultur und den geläufigen Medien sind vor allem Frauen sichtbar, die diesem Ideal entsprechen. Jene, die nicht in dieses Schema passen, bleiben eher unsichtbar. Vor allem auf junge Mädchen, aber ebenso erwachsene Frauen, herrscht ein enormer Druck, diesem Ideal zu entsprechen, ansonsten fürchten sie, sie gelten als „unfickbar“ und seien somit nichts wert. Woher kommt jedoch dieser Druck?

Die Schönheitsindustrie ist milliardenstark. Mit allen möglichen nützlichen und unnützen Produkten lässt sich sehr viel Geld verdienen. Schon in Mädchenzeitschriften wird Werbung für diverse Kosmetik gemacht. Schließlich sind diese jungen Frauen von heute für die Kapitalist*innen die „Konsumopfer“ von morgen. Durch sie kann wesentlich mehr Profit erwirtschaftet werden als durch rebellische Frauen. Apropos Rebellion. Der Kapitalismus braucht gewisse Rollenbilder und Schönheits-

ideale, um Frauen klein zu halten. Das System ist aber auch flexibel und entdeckt Nischen und andere Entwicklungen, wo „normale Frauen“ gezeigt werden, als profitable Märkte.

Bei beiden geht es auch darum, eine Rebellion von den Frauen zu verhindern und die Räder können sich weiter drehen wie bisher. Wie ist es mit Bewegungen, wie „Body Positivity“ oder „Body Neutrality“? Sind sie eine Alternative? Diese suggerieren, man müsse nur seinen eigenen Körper lieben und könne sich so dem gesellschaftlichen Druck entziehen. Unrasierte Beine beispielsweise sind vollkommen in Ordnung, jedoch bleibt auch bei diesem Trend der Fokus auf dem Individuum. Du kannst dich dem Druck der Schönheitsideale nicht entziehen, selbst schuld. Durch individuellen Widerstand lässt sich der Schönheitswahn nicht beseitigen. Auch nicht, wenn „viele“ neue „Standards“ für Schönheit aufstellen. Stattdessen sollten wir uns damit beschäftigen, wie Frauen selbstbestimmt leben können und wie wir z.B. bei den Protesten im Bildungswesen, im Sozialbereich, bei den Kollektivvertragsverhandlungen der Metaller*innen etc. für unsere Interessen kämpfen können.



Falle „Selbstoptimierung“

Körperliche Fitness liegt seit längerem im Trend. Fitnessstudios an fast jeder Ecke, dazu Eiweiß-

zu lassen, undiszipliniert bzw. faul zu sein.

Das alles erinnert stark an das Dogma „Du bist

Der Trend zu Fitness und Selbstoptimierung dient der Aufrechterhaltung des Kapitalismus.

shakes sowie zahlreiche Zeitschriften und Bücher zu dem Thema. Sie suggerieren, dass jeder fit und gesund sein kann, wenn er/sie sich nur genug anstrengt. Menschen, die beispielsweise nicht ihren Körper im Fitnessstudio stählen oder vermeintlich zu oft in einer Konditorei gesichtet werden, wird vermittelt, sich gehen

deines Glückes Schmied“, das eines der größten Lügen unserer kapitalistisch geprägten Gesellschaft ist. Menschen aus sozial schwachen Verhältnissen haben keine Möglichkeit, sich ein Vermögen aufzubauen. Also bleibt zum „Glück“ nur die Selbstoptimierung – wer das nicht schafft, so die Botschaft, ist selbst schuld. Denn laut

der heutigen neoliberalen Ideologie existiert nämlich keine „Gesellschaft“, deshalb kann man nur sich selbst verbessern. Des Weiteren braucht es leistungsfähige Arbeitskräfte, die möglichst nicht krank werden und mit der eigenen Selbstoptimierung beschäftigt sind, um das aktuelle System nicht in Frage zu stellen oder gar zu revoltieren. Anstatt ausschließlich der Selbstoptimierungspropaganda zu folgen, sollten wir uns mehr mit unserem Umfeld (z. B. sozialen Ungerechtigkeiten) auseinandersetzen und daran arbeiten, diese zu verändern.

Beide Artikel von
Anna Hiermann

Mein langer Weg zur ISA: Aber kurz gefasst

Ich habe, wie wohl viele vor mir, schon seit meiner Kindheit die negativen Effekte des kapitalistischen Systems erlebt. Meine Eltern hatten neben, aber viel mehr aufgrund ihrer Arbeit kaum Zeit für mich oder meine Schwester und – noch schlimmer – auch keine für sich selbst. Es hat lange gedauert, bis ich die Systematik hinter diesem und noch so vielen anderen Problemen verstehen lernte und es mir mög-

lich wurde, meinen Horizont zu erweitern, um nach Alternativen zu suchen – Alternativen, die ich dann, durch die Hilfe von Freund*innen, in einer Organisation fand, im Material dieser Organisation fand, in Mitgliedern dieser Organisation und in Diskussionen mit diesen Mitgliedern fand.

Letztlich hatte ich schon lange vor meinem Beitritt Kontakt zur ISA, habe aber diesen Kontakt durch

verschiedene Gründe wieder verloren – Glücklicherweise gab es aber dieses Jahr ein Sommercamp, welches es mir ermöglichte, wieder, und diesmal noch viel fester, anzuknüpfen. Ich blicke mit Hoffnung auf die Zukunft – Hoffnung auf Sozialismus und Solidarität!

Severin Berger, 21,
Software-Entwickler,
Servicekraft
und manchmal
Informatik-Student

Kämpfer*Innen des Monats



Im US-Bundesstaat Washington brachte im September eine wilde Streikbewegung der Bautischler*innen sowohl die Bosse als auch die Gewerkschaftsführung ins Schwitzen. Im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen legten sie zahlreiche Bauprojekte lahm, darunter auch ein Megaprojekt von Windows. ISA unterstützte vor Ort!



COP26: Sozialistische Alternative nötig!

Von 30.10–12.11.2021 findet die 26. Klimakonferenz der UN in Glasgow statt – die COP26. Die Aufmerksamkeit ist groß, denn wie akut die Folgen des Klimawandels mittlerweile sind, zeigen längst nicht mehr nur die Leaks des kommenden IPCC-Reports. Für viele sind sie bereits Realität: Mit Überschwemmungen, Hitzewellen und anderen Extremwetterer-

und Klimaschutz blockieren. Dies sieht man auch an der Liste der „Hauptpartner“ der COP26: Neben Unilever finden sich dort Energie- und andere Großkonzerne. Diese haben kein Interesse an nachhaltigen Veränderungen – im Gegensatz zu Arbeiter*innen und Jugendlichen weltweit. Lösungen vermisst man aber auch in der Klimabewegung, die seit ihrem Hö-

Gipfel nutzen, um dort für eine sozialistische Alternative zur kapitalistischen Zerstörung zu kämpfen. Wir werden mit über 200 Aktivist*innen unserer Internationale unser Klimaprogramm vorstellen. Darin fordern wir z.B. massive öffentliche Investitionen in Dienstleistungen, Wohnraum und Infrastruktur, um Emissionen zu stoppen und uns vor klimabedingten Kata-

zu erkämpfen, um die Bedürfnisse aller zu sichern.

Nichts davon wird uns geschenkt – wir müssen es erkämpfen: Durch den Aufbau von Klimakomitees an der Basis, um eine koordinierte Bewegung von Protesten und Streiks aufzubauen, die die Wirtschaft lahmlegt und echte Alternativen erzwingt. Um Emissionen schnell zu senken und dabei allen Menschen eine gute Zukunft zu garantieren, müssen als Erstes die größten Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden, kombiniert mit einer internationalen, demokratischen, sozialistischen Planung. Warum brauchen wir das alles? Weil wir nur kontrollieren können, was wir besitzen. Durch den Sturz des derzeitigen Systems der Ausbeutung von Mensch und Natur können Millionen gut bezahlter, nachhaltiger Arbeitsplätze geschaffen und eine nachhaltige Wirtschaft aufgebaut werden. Dies ist auch eine Voraussetzung für die Beendigung von Kriegen und Konflikten und eine wirkliche Antwort für Menschen, die aufgrund der Klimakrise aus ihrer Heimat fliehen müssen.

Um dieses Programm zu erkämpfen, brauchen wir

eine internationale Organisation – nicht nur, weil auch die Herrschenden weltweit vernetzt sind, sondern auch, weil wir so kollektiv Lehren aus den Kämpfen der ganzen Welt und der Geschichte ziehen können. Letztendlich können wir den Kapitalismus und seine weltweiten Krisen – wirtschaftliche, klimatische und gesundheitliche – nur mit einer internationalen Alternative beseitigen. Wir fordern internationale Solidarität statt kapitalistisch-nationalistischer Konkurrenz. Wissen, Fähigkeiten und Ressourcen müssen auf der Grundlage internationaler Solidarität und Zusammenarbeit geteilt werden. Statt Illusionen in die Herrschenden und ihre Organisationen zu schüren, wollen wir uns an den Protesten in Glasgow beteiligen, um den revolutionären Wandel zu erreichen, der notwendig ist, um den Kapitalismus, die Zerstörung des Planeten und alle Formen der Unterdrückung zu beenden.

Wenn du Interesse hast, mit uns nach Glasgow zu fahren bzw. mit uns für eine sozialistische Klimapolitik aktiv zu werden dann melde dich noch heute bei uns!

Moritz Bauer

internationalsocialist.net

Der Gipfel der Herrschenden wird das Klima nicht retten – Komm mit zu den Protesten und werde mit uns aktiv!

eignissen der vergangenen Monate drang die Krise in die Keller, Wohnräume und Leben von Millionen Menschen ein. Auch Klima-Kippunkte werden schneller erreicht als erwartet und Eisschilden, Permafrost-Böden und Gletschern kann man fast beim Schmelzen zusehen. All das zeigt, dass echte Schutzmaßnahmen notwendig sind – jetzt, und nicht in 10 oder 20 Jahren.

Die Klima-Gipfel der Herrschenden werden dafür keine Lösungen bereithalten, weil die Maßnahmen von jenen beschlossen werden, die gleichzeitig klimaschädliche Unternehmen unterstützen

hepunkt 2019 mit über 7 Millionen auf der Straße abebbt, obwohl der Meeresspiegel weiter steigt. Steigende Wahlergebnisse der Grünen, das Entstehen von vermeintlich radikaleren Organisationen wie Extinction Rebellion (XR) und individuelle Aktionen „abseits der Politik“ sind Ausdruck der Versuche, dieser Orientierungskrise zu entkommen. Aber auch sie können keine Lösungen herbeiführen, da ein Programm mit der notwendigen Konsequenz und eine entsprechende Strategie fehlen.

Wir von der ISA dagegen wollen die Proteste und die internationale Aufmerksamkeit rund um den

strophen zu schützen. Allein die Finanzierung davon wird enorme Mittel erfordern, die dieses System nicht aufbringen wird – der „grüne Kapitalismus“ ist eine Lüge. Stattdessen schlagen wir vor, als ersten Schritt Superreiche und Konzerne zu besteuern und das Geld in grüne Technologie, Energie und Arbeitsplätze zu investieren. Außerdem ist es notwendig, Land und Ressourcen vor kapitalistischer und imperialistischer Ausbeutung zu schützen, die Rechte aller Unterdrückten zu verteidigen und eine Arbeitsplatzgarantie für Beschäftigte v.a. auch in den klimaschädlichen Branchen

China: Xi in Bedrängnis

Das Regime von Xi Jinping bzw. Der "Kommunistischen" Partei Chinas ist zunehmend instabil. Der Zusammenbruch des Immobilienriesen Evergrande im September (mit 300 Milliarden US-Dollar Schulden) ist ein dramatisches Symbol für die kollabierende Immobilienblase. Dies ist jedoch nur eine von mehreren miteinander verknüpften Krisen.

Die sozialen Spannungen nehmen zu, da die Kosten für Wohnen, Bildung und Güter des täglichen Bedarfs in die Höhe schießen. Gleichzeitig stagnieren Löhne und Lebensstandard. Umweltkatastrophen wie Überschwemmungen und Waldbrände nehmen zu, und trotz der Versprechen, die CO₂-Emissionen zu verringern, werden immer mehr Kohlekraftwerke geplant. Die USA und andere westliche Länder isolieren China wirtschaftlich und diplomatisch, während die Demonstrant*innen in Hongkong für Demokratie kämpf(t)en. Die Bevölkerung beginnt zu schrumpfen (vor allem weil sich viele kein 2. Kind leisten können), was bedeutet, dass es nicht genügend Arbeitskräfte geben wird, um das Wachstum aufrechtzuerhalten.

Xi reagiert mit hartem Durchgreifen, u.a. gegen Frauen (einschließlich des Rechts auf Abtreibung),

aber auch gegen LGBTQ-Personen. Demokratieproteste in Hongkong wurden gewaltsam niedergeschlagen, während Millionen muslimischer Uigur*innen in Lager gezwungen wurden. Echte gewerkschaftliche Aktivitäten werden brutal unterdrückt. Der Gefahr eines neuen Kalten Krieges wird mit dem Versuch begegnet, Hurra-Patriotismus zu schüren. Xi hat sogar die Repressionsmaschine gegen Teile des Staates gerichtet, indem er lokale Bürokrat*innen beschuldigte, die Pläne Pekings zu untergraben.

All diese Maßnahmen, die Xi und seine Herrschaft stark erscheinen lassen sollen, sind in Wirklichkeit Zeichen der Krise und Schwäche. Der Versuch, wirtschaftliche und soziale Widersprüche durch Zensur und Repression zu verbergen, lässt die Widersprüche nicht verschwinden.

2021 sollte ein Jahr lang das 100-jährige Bestehen der KPCh gefeiert werden. Xis Hoffnung war, dass er auf einer Welle nationalistischer Inbrunst reiten könnte, um auf dem Parteitag im nächsten Jahr mehr Macht in seinen Händen zu festigen. Aber die Realität der einfachen Arbeiter*innen und ihre wachsende Unzufriedenheit werden sich nicht in der Propaganda auflösen.

Brettros



瑞典 斯德哥爾摩

Internationale Solidarität = Praxis

Als Reaktion auf das brutale Vorgehen gegen demokratische und Arbeiter*innenrechte hat ISA

Der ehemalige Hongkonger Abgeordnete, linke Aktivist und Bündnispartner der ISA, "Long Hair" Leung

le Chinas hatte, wird angesichts der Angriffe auch auf Sozialist*innen und Gewerkschafter*innen eines Besseren belehrt! Ganz anders diverse z.B. US-amerikanische Initiativen, die von Regierungs- bzw. Geschäftsinteressen geprägt sind.

Die Kampagne hat die internationale Solidarität der Arbeiter*innenklasse zum Ziel. Gewerkschaften und Arbeiter*innen-Organisationen können sich informieren und Solidarität z.B. durch den Beschluss entsprechender Resolutionen, zum Ausdruck bringen. Wenn ihr wissen wollt, wie ihr helfen könnt, wendet euch an die SLP.

Dylan Pattillo

Solidarität gegen Unterdrückung in Hongkong und China.

die Kampagne "Solidarität gegen Repression in Hongkong und China" gestartet. Mit dem neuen Gesetz zur nationalen Sicherheit in Hongkong hat die Repression in Hongkong und Festlandchina dramatisch zugenommen. Unsere Aktivist*innen in Hongkong, die früher offen protestieren und Kampagnen durchführen konnten, werden in den Untergrund gezwungen.

Kwok-hung, bleibt wie Dutzende andere inhaftiert. Schon früher wurde er mehrfach verurteilt und muss nun mit einer lebenslangen Haftstrafe rechnen.

Wir fordern ein Ende der Unterdrückung und die Freilassung aller politischen Gefangenen in Hongkong und China und zeigen auf, was tatsächlich vor sich geht. Wer Illusionen in eine fortschrittliche Rol-

Nachrichten aus der ISA (International Socialist Alternative)

Deutsche Wohnen enteignen

Das Spannendste bei den Berliner Wahlen am 26.9. war nicht, wer Bürgermeister*in wird, sondern ob der Volksentscheid „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ eine Mehrheit bekommt. Das Ergebnis war deutlich: 56,4% stimmten dafür, in 10 von 12 Bezirken gab es eine Mehrheit. Diese Kampagne wurde von einer breiten Mieter*innenbewegung getragen, an der auch die SAV (ISA in Deutschland) beteiligt ist. Jetzt geht es da-

rum, den Volksentscheid gegen den Druck von Immobilienlobby und etablierten Parteien in die Praxis umzusetzen. Dies wird nicht einfach. Die regierende und designierte neue Bürgermeisterin (SPD) hat angekündigt, den Volksentscheid zu ignorieren. Die SAV schlägt u.a. eine "strategische Diskussion über die nächsten Schritte der Kampagne" inklusive Demos und „Besuche“ bei Regierungsparteien vor.

sozialismus.info

Berlin: Erfolg

Die Linke hat in Deutschland massiv an Stimmen verloren. Im Gegensatz dazu konnten in Berlin-Neukölln mit einem auf Bewegungen orientierten Wahlkampf Erfolge erzielt werden. So gewann z.B. im Wahlkreis 1 SAV-Mitglied Lucy Redler 7,4% dazu. Mit kämpferischen Kampagnen und einer antikapitalistischen Ausrichtung konnte dies gelingen. Bundesweit kann Die Linke davon nur lernen.

sozialismus.info

Streikbewegung in den USA

Im Raum Seattle sind hunderte von Bautischler*innen im Streik. Sie fordern bessere Löhne oder auch besseren Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Gestreikt wird gegen das milliardenschwere Bauunternehmen AGC. Bereits vier schlechte „Vorschläge“ des Unternehmens wurden von den Beschäftigten in demokratischen Abstimmungen abgelehnt. Unterstützt wird der Streik von Socialist Alternative

(ISA in den USA) und ihrer Stadträtin in Seattle, Kshama Sawant. Sie organisierte Solidaritätskampagnen, schlug Gesetze vor, die den Streikenden helfen würden und versprach 10.000 Dollar ihres Gehalts in die Streikkasse einzuzahlen, sobald diese eingerichtet ist. Obwohl die Gewerkschaftsführung den Streik nicht mehr unterstützt, sieht es danach aus, als ob es zumindest einen Teilerfolg gibt.

socialistalternative.org



Die SLP ändert ihren Namen in Internationale Sozialistische Alternative (ISA). Hier erklären wir, was für eine Organisation wir weiterhin aufbauen und warum wir unseren Namen ändern.

Klimakrise, Rassismus, Sexismus oder die wachsende Ungleichheit: Der Kapitalismus

und Gesellschaft demokratisch verwalten und kontrollieren. Wir kämpfen für jede unmittelbare Verbesserung, auch weil dadurch die Grundlage für ein anderes System gelegt wird. Ein Streik für höhere Löhne z.B. zeigt, dass Chefs und Staat auf der anderen Seite stehen, die Streikenden ler-

deln, um die Organisation schlagkräftig zu machen.

Sowohl die Diskussionen als auch der Kampf gegen dieses System können nicht auf Nationalstaaten begrenzt sein – der Kapitalismus ist ein internationales System und muss international bekämpft werden. Das haben auch die

Fehlens einer solchen Kraft gescheitert.

So eine Partei macht auch den Unterschied in alltäglichen Kämpfen. Z.B. hat unsere irische Schwesterorganisation eine zentrale Rolle dabei gespielt, eine Massenbewegung aufzubauen, um die unsoziale Wassersteuer zu Fall zu bringen und das Recht auf Abtreibung zu gewinnen. In Seattle erkämpfte unsere Schwesterorganisation den ersten 15\$ Mindestlohn und Siege gegen Amazon. Auch in Österreich haben wir eine wichtige Rolle bei Streiks und Protesten im Gesundheits- und Sozialbereich und bei der Organisation des 8. März und der Pride in Linz, beim Kampf für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch sowie gegen Rechtsextreme und Faschist*innen, wie z.B. in Vöcklabruck.

So eine Partei unterscheidet sich fundamental von allen anderen Parteien und Organisationen. Alle etablierten Parteien sind fest im System verankert und betreiben Politik für Banken und Konzernen. Aber wir unterscheiden uns auch grundsätzlich von Organisationen wie der KPÖ oder Links. Die Wahlerfolge der KPÖ in Graz und anderer linker Listen sind positiv. Aber so wichtig eine linke Alternative am Stimmzettel

auch ist, sind Wahlparteien kein Ersatz für Organisation und den Aufbau von Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen. Ohne Verbindung von konkreten Kämpfen mit einer sozialistischen Alternative stoßen diese Formationen schnell an ihre Grenzen – Syriza, Podemos und Die Linke zeigen das.

Diesen Charakter unserer Partei soll auch unser Name ausdrücken. Wir sind keine "linkere SPÖ" oder "eine Partei, die auch so werden will wie die anderen". Unser neuer Name "Internationale Sozialistische Alternative" verdeutlicht die internationale Dimension unseres Kampfes und macht klar: Uns gibt es nicht nur für kleinere Reformen oder um ein linkes Feigenblatt für das bestehende System zu sein, sondern um die tagtäglichen Kämpfe der Arbeiter*innenklasse bestmöglich zu organisieren und mit dem Kampf um eine andere Gesellschaft zu verbinden. Unser Ziel ist eine Organisation, die in den kämpferischsten Schichten der Arbeiter*innenklasse und Jugend verankert ist und in konkreten Kämpfen den Unterschied macht. Angesichts der internationalen Krise des Kapitalismus und des Widerstandes dagegen ist jetzt die Zeit, um sich an diesem Aufbau zu beteiligen – mach mit!

SLP-Bundesleitung

Sozialistisch und revolutionär organisieren, um kurz- und langfristig den Unterschied zu machen!

lismus ist unfähig, uns eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen. Aber immer mehr erkennen die zerstörerische Wirkung dieses Systems und kämpfen dagegen. Das zeigen u.a. die beeindruckenden Bewegungen in Myanmar, Iran, Kolumbien, USA... Auch in Österreich gibt es Proteste gegen Umweltzerstörung, Gewalt an Frauen und für bessere Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich. Doch selten gewinnen diese Bewegungen.

Das wirft die Frage auf: Wie organisieren, um die Welt tatsächlich zu verändern? Die vielen Krisen im Kapitalismus machen klar: Kleine Veränderungen reichen nicht! Es braucht einen grundsätzlichen Bruch mit diesem System. Arbeiter*innen und Jugendliche müssen Wirt-

nen die Kraft von Solidarität und Arbeiter*innenklasse kennen. So können konkrete Kämpfe und eine Systemalternative verbunden werden. Die Aufgabe einer sozialistischen Organisation ist es nicht nur, zu kommentieren, sondern die kämpferischsten Teile aus Arbeiter*innenklasse, Jugend und sozialen Bewegungen um ein Programm für so eine sozialistische Alternative zu sammeln. Eine Organisation, deren Mitglieder in allen Kämpfen gegen Unterdrückung und Ausbeutung aktiv sind und dazu beitragen, sie zu gewinnen. Das braucht Schulung anhand von marxistischer Theorie und den Erfahrungen der Arbeiter*innenbewegung sowie Diskussionen über politische Entwicklungen und Prioritäten sowie ein gemeinsam geplantes Han-

Aktivist*innen der Klimabewegung, der feministischen Bewegung, aber auch der Arbeitskämpfe im Gesundheits- und Sozialbereich oder gegen internationale Konzerne wie Amazon erkannt. Deshalb sind wir Teil der internationalen Organisation ISA mit Gruppen in über 30 Ländern auf allen Kontinenten.

So eine Organisation macht den Unterschied. Die Bolschewiki in Russland hatten sich eine Basis in der russischen Arbeiter*innenklasse erarbeitet und das Programm, um die Klasse im entscheidenden Moment zum Sieg zu führen. Die stalinistische Entwicklung der Sowjetunion ist keine Folge davon, sondern steht im Widerspruch zu Ideen und Methoden der Bolschewiki. Unzählige Revolutionen sind aufgrund des

Ungarn – Aufstand gegen Stalinismus und Kapitalismus

Nach dem Sieg gegen den Faschismus wurde in Ungarn 1945 ein stalinistisches Regime eingeführt.

Es geschah vor

65

Jahren...

Die Planwirtschaft bedeutete einen gewaltigen Fortschritt der Produktion in dem rückständigen Land. Doch während eine bürokratische Clique sich parasitär von den Früchten des wirtschaftlichen Aufbaus ernährte, litt die Bevölkerung unter Reallohnverlusten, Arbeitszwang

und mangelnder Demokratie. Nach dem Tod Stalins 1954 schob die Bürokratie die Schattenseiten des Systems Stalin alleine zu. Doch es gab Widerstand: Schon 1953 gab es in der DDR Streiks. Auch in Ungarn kam es 1956 zu Streiks, die nicht durch Repression der Geheimpolizei eingedämmt werden konnten. Auf Befehl Moskaus wurde der Ministerpräsident ausgetauscht – eine kosmetische Änderung, aber keine große Reform. Bei der Demo am 23. Oktober erhob die Schriftsteller*innengewerkschaft Forderungen, die sich gegen Stalinismus, aber für Sozialismus aussprachen

und begeistert aufgenommen wurden. Doch von der Polizei wurde geschossen. Am selben Tag bildeten sich in vielen Betrieben Räte und in einer Woche erfasste die Bewegung das ganze Land. Um sie endgültig niederzuschlagen, brauchte Moskau Truppen aus Asien, die die Sprache nicht verstanden und von Infos abgeschnitten wurden. Hätte es eine internationale revolutionäre Partei gegeben, hätte sie internationale Solidarität statt internationaler Repression organisieren können. So hätte es eine Chance gegeben, dass Ungarn nicht isoliert geblieben wäre.

Katja Straka



Sozialistische LinksPartei Wofür wir stehen

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte.
- Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.
- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschaftlerInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke, kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.
- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



10/11. Dezember: Eine Welt zu gewinnen

Spätestens Corona hat weltweit wehren sich offenbart: Dieses Sys- Menschen und kämpfen. tem funktioniert für die Wir diskutieren, WIE wir Komm mit Freund*innen und Kolleg*innen.

Um erfolgreich kämpfen zu können, braucht es eine politische Grundlage. Diskutiere mit!

Mehrheit der Menschen nicht. Klimakrise, Wirtschaftskrise, soziale Krise, Bildungskrise, Gesundheitskrise - und das sind nur ein paar der aktuellen Probleme. Doch

den Widerstand gegen dieses System organisieren können, WIE eine Sozialistische Alternative funktionieren kann und WIE wir dorthin kommen.

Teilnehmer*innen werden auch von Bewegungen in anderen Ländern berichten und wir diskutieren in Arbeitskreisen darüber, warum CO2-Steuern nichts lösen, der

ÖGB zu lahm ist und mehr Frauen in Aufsichtsräten kein Mittel gegen Sexismus sind. Weil wir nicht nur eine Welt zu verlieren, sondern v.a. auch eine zu gewinnen haben, werden wir nicht nur diskutieren, sondern DICH auch einladen, mit uns gemeinsam politisch aktiv zu werden!

Es ist an der Zeit - anstatt dich allein zu ärgern, werde Teil einer revolutionären Organisation, der Internationalen Sozialistischen Alternative!



**Gibt es nicht aus Profitstreben.
Gibt es aus Überzeugung.**

> Berichte
> Hintergründe
> Analysen
aus sozialistischer Sicht.

Jetzt abonnieren!
Monat-Abo: € 24,-
Sozial-Abo: € 14,-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-Inklusive-Abo: ab € 7,-/Monat
Zeitung und alle weiteren Publikationen der SLP
Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 2560000000000000000000000000000000
BIC: OPSUTW03



Termin

10/11.12.

Nähere Infos zum gemeinsamen Event der ISA und der sozialistisch feministischen Initiative ROSA findet ihr auf unserer Website/FB

**Wieland-
gasse 2-4,
1100 Wien
(neben dem
EKH)**

Treffpunkte

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Stockwerk'
Jakominiplatz 18

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
im 'Restaurant Antebia'
Magazingasse 11

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
Ort auf Nachfrage

WIEN

SLP Wien West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
in der
'Zyppresse'
7; Westbahnstraße 35a
(Nähe Urban Loritz-Platz)

SLP Brigittenau 1
jeweils Mittwoch, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau 2
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)